

Auer Tageblatt

Veröffentlichung des Reichstages
und der Reichspräsidenten
Erklärung des Reichspräsidenten
— Erhalten wertigste
Presse- und Anzeigen Nr. 23.

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Reichstages
und der Reichspräsidenten
Erklärung des Reichspräsidenten
— Erhalten wertigste
Presse- und Anzeigen Nr. 23.

Telegraphische Anzeigen

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer.

Veröffentlichung des Reichstages
und der Reichspräsidenten
Erklärung des Reichspräsidenten
— Erhalten wertigste
Presse- und Anzeigen Nr. 23.

Nr. 130

Sonntag, den 5. Juni 1932

27. Jahrgang

Reichstagsauflösung vom Reichskabinett beschlossen

Heute Veröffentlichung der Auflösungsordre — Knappe Regierungserklärung

Berlin, 4. Juni. Wie amtlich mitgeteilt wird, hat das Reichskabinett in seiner heutigen Sitzung beschlossen, dem Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstages zu empfehlen. Der entsprechende Erlass des Reichspräsidenten wird morgen veröffentlicht werden. Ferner hat das Reichskabinett die Ausarbeitung der Regierungserklärung soweit gefördert, daß gleichfalls mit ihrer Veröffentlichung für morgen zu rechnen ist. Die näheren Einzelheiten über die Neuwahl stehen noch nicht fest, doch ist zu erwarten, daß die Neuwahl in der zweiten Hälfte des Juli stattfinden wird.

Die Auflösung des Reichstages

Berlin, 4. Juni. Der Beschluß des Kabinetts, dem Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstages zu empfehlen, wird von der „D.M.Z.“ als „eine Entschlüsselung“ begrüßt. Die schnelle Durchführung der Neuwahlen liegt in der logischen Linie, die mit der Entlassung Brüning's begonnen habe. Selbstverständlich bedeute dieser Schritt ein ungeheures Wagnis. Sein Sinn liegt in dem Versuch, durch das freie Wollen der Kräfte vielmehr die Voraussetzungen für eine wahrhaft nationale größtenteils Zusammenfassung aller auf die Verteidigung des Vaterlandes gerichteten Faktoren zu schaffen. — Die „Germania“ ist der Ansicht, daß das Kabinett mit diesem Beschluß nur die unerlässlichen Konsequenzen aus der politischen Lage gezogen habe, wie sie sich nach dem Sturz des Kabinetts Brüning mit letzter Klarheit herausgebildet haben. — Der „Vorwärts“ spricht von der „Scheu vor der Öffentlichkeit“, die entscheidend sei für das Verhalten des Kabinetts. Zwecklos beruhe diese nicht allzu mutige Taktik auf einer Berechnung mit den Nationalsozialisten, die genau so, wie die Regierung selbst, eine Reichstagsauflösung nach vor dem Wahlkampf nicht ertragen könnten. In dem die Regierung von Papen den Reichstag auflöse, führe sie einen Auftrag Adolf Hitlers aus.

Berlin, 4. Juni. Die ursprünglich für heute vormittag in Aussicht genommene Sitzung des Reichskabinetts ist auf den Nachmittag verschoben worden, weil die neuen Minister zunächst ihr Amt übernehmen und die Obliegenheiten erfüllen wollten, die, wie die Bestellung der leitenden Beamten, mit einem solchen Wechsel abwechselnd verbunden sind. Einige Minister müssen Berlin noch einmal für einige Tage verlassen, um ihre alten persönlichen und beruflichen Angelegenheiten zu ordnen. So wird z. B. Freiherr v. Neurath wahrscheinlich morgen eine kurze Reise nach London unternehmen. Freiherr v. Gahl beabsichtigt, nach Ostpreußen zu fahren. Das sind aber nur kurze Unterbrechungen. Das Kabinett wird heute nachmittags seine sachliche Arbeit beginnen, um die wichtigsten akuten Probleme zu beraten. Dabei handelt es sich in erster Linie um die Maßnahmen, die mit der Reichstagsauflösung zusammenhängen und die zur Sicherung des Staats und der Arbeitsbeschaffung, Steuerverh. usw. notwendig sind.

In politischen Kreisen unterhält man sich lebhaft über den Termin der Neuwahl. Wenn seit gestern davon gesprochen wird, daß schon der 28. Juni in Frage kommen dürfte, ist demgegenüber festzustellen, daß die technische und feingemachte Vorbereitung etwa vier Wochen in Anspruch nimmt, so daß die Wahl sich bis über Mitte Juli hinaus verzögern wird. Man hätte freilich gern einen früheren Termin gesehen, schon mit Rücksicht auf die Erschöpfung durch Reisesaison und Erntezeit. Die Auflösung des gegenwärtigen Reichstages wird am Montag oder Dienstag erfolgen. Mit besonderer Beschleunigung wird sich das Reichskabinett den Maßnahmen zur Sicherung der Finanzen und der Arbeitsbeschaffung zuwenden. Es ist anzunehmen, daß die gestrige Unterredung zwischen dem Reichspräsidenten und dem Kanzler bereits diesen Problemen galt. Bei seinen Beratungen wird das Kabinett prüfen, wie weit noch die vom Kabinett Brüning ausgearbeitete Notverordnung für die der Reichsregierung notwendig erscheinenden Maßnahmen heranzuziehen ist. Soweit es sich um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit handelt, erstreben sich diese Maßnahmen auch auf die Steuerverh. In unterrichteten Kreisen verneint man damit, daß das Kabinett seine Arbeiten so energisch fördern wird, daß die Notverordnung bereits in der nächsten Woche veröffentlicht werden kann. Eine Frage, die in der Öffentlichkeit augenblicklich diskutiert wird, ist die Aufhebung des EW-Verbot's. Sicher ist jedenfalls, daß das EW-Verbot in seiner gegenwärtigen Form nicht bestehen bleiben wird und daß die Ausnahmefälle, die das EW-Verbot im Verhältnis zu anderen Verbänden einnimmt, beseitigt werden wird.

Es wäre denkbar, daß der Reichspräsident die Aufhebung einer Organisation auf anderer Basis und in anderer Form ermöglicht wird. Ebenso wenig ist aber auch eine

Die Regierungserklärung

Berlin, 4. Juni. Wie wir erfahren, wird die Auflösungsordre erst heute nachmittags veröffentlicht werden, nachdem sie in die Hände des Reichspräsidenten Lohs gelangt ist.

Eine Regierungserklärung des neuen Kabinetts ist für heute mittag zu erwarten. Die Regierungserklärung wird äußerst knapp gehalten sein und sich in der Hauptsache auf innenpolitische Fragen und eine Begrenzung der Reichstagsauflösung beschränken. Die wirtschafts-, politischen, sozialen und außenpolitischen Fragen werden nur kurz gestreift werden. Klar wird in der Regierungserklärung zum Ausdruck kommen, daß sich auch das Kabinett Papen auf keine währungs-, politischen Experimente einlassen wird.

Berlin, 4. Juni. In der Regierungserklärung, die von dem neuen Reichskabinett heute mittag der Öffentlichkeit übergeben worden ist, heißt es, daß die neue Regierung in der schwersten Stunde vaterländischer Geschichte ihr schweres Amt antritt. Das deutsche Volk stehe heute in einer Krise ohne Vorgang und die Opfer, die von ihm verlangt werden, wenn der bornige Weg mit Aussicht auf Erfolg gegangen werden solle, verlange ungeheure seelische Voraussetzungen, die nur erreicht werden könnten durch eine Zusammenfassung aller aufbauenden und staatsdienlichen, also aller nationalen Kräfte. Der Reichskanzler Dr. Brüning habe als erster den Mut gehabt, eine klare Bilanz der Lage zu fordern, die in erster Linie durch den Verfall der Weimarer Demokratie und Wirtschaft und durch die Parastatementsdemokratie herausbeschrieben worden sei. Die finanzielle Grundlage des Reiches, Preußens und der Mehrzahl der anderen Länder und der Gemeinden sei erschütternd. Keine der notwendigen, grundlegenden Reformen wie die Verwaltungsreform, Finanzreform und die Anpassung des staatlichen

Wendung der zweiten Notverordnung zu dieser Frage ausgeschlossen, die auch die anderen Verbände umfaßt. Lediglich kommt nach unseren Informationen die Einberufung einer Nationalversammlung, von der in einigen Kreisen gesprochen wird, nicht in Frage. Es ist vielmehr eine regelrechte Reichstagsneuwahl in Aussicht genommen.

Lebens an die Armut der Nation sei bisher über die schwachen Ansätze hinausgekommen.

In der Regierungserklärung heißt es dann weiter: Die Nachkriegsregierungen haben den Staat zu einer Art Wühl- fahrtsankart zu machen versucht und ihm Aufgaben zuerteilt, die er niemals erfüllen kann. Der hieraus zwangsläufig folgenden moralischen Zermürbung des deutschen Volkes, verstärkt durch den Kulturbolschewismus, muß in letzter Stunde Einhalt geboten werden. Die Regierung wird den Kampf um die Erhaltung der Lebensgrundlagen des Volkes aufnehmen. Damit die Zahlungen zur Aufrechterhaltung des Staates geleistet werden können, ist die Regierung gezwungen, einen Teil der von der alten Regierung geplanten Notmaßnahmen zu erlassen. Auf außenpolitischem Gebiet ergeben sich die nächsten und wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung aus den im Gange befindlichen oder bevorstehenden internationalen Verhandlungen über die großen Weltprobleme der Abrüstung, der Reparationen und der allgemeinen Wirtschaftskrisis. Unser Ziel ist, in friedlicher Zusammenarbeit mit den anderen Nationen unserem Vaterland endlich volle Gleichberechtigung und die Möglichkeit wirtschaftlicher Gesundung zu verschaffen. Aus allen diesen Gründen hat sich der Herr Reichspräsident entschlossen, dem Antrag der Reichsregierung stattzugeben, den Reichstag aufzulösen. Die Nation wird vor die klare und eindeutige Entscheidung gestellt, mit welchen Schritten sie den Weg in die Zukunft zu gehen gewillt ist.

Der Reichstag aufgelöst

Berlin, 4. Juni. Wie der Nachrichten dienst des V.D.Z. erfährt, ist das Auflösungsdekret dem Reichspräsidenten Lohs um 1 Uhr zugehakt worden. Der Reichstag ist damit aufgelöst. Der Termin für die Neuwahl steht noch nicht fest.

Mittrauensantrag der Sozialdemokraten

Berlin, 3. Juni. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat heute ein Mittrauensvotum gegen das Gesamtkabinett von Papen eingebracht.

Die Stellungnahme der Deutschnationalen

Berlin, 3. Juni. Ueber die Sitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion am Freitag wird folgender Bericht ausgegeben:

„Die deutschnationale Reichstagsfraktion hielt am Freitag eine kurze Sitzung ab, in der die durch den Sturz der Regierung Brüning und die durch die bevorstehende Reichstagsauflösung geschaffene Lage behandelt wurde. Dr. Eugenberg nahm an der Sitzung teil. Die Fraktion begrüßte folgende Entschlüsse: Der Führer der Deutschnationalen Volkspartei hat sofort nach dem ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl vorgeschlagen, den Reichstag aufzulösen und Reichstags- und Landtagswahlen gleichzeitig vorzunehmen zu lassen. Daß dies das Richtige war, liegt heute klar auf der Hand. Die Fraktion begrüßt es, daß jetzt nach dem Sturz der Regierung Brüning als erste Maßnahme die Auflösung des Reichstages erfolgt. Die politischen Gesichtspunkte der letzten Jahre stellen eine unersättliche Rechtfertigung der Politik der D.M.Z. und ihres Führers dar. Die D.M.Z. ist an der Bildung und Zusammenfassung der neuen Reichsregierung unbedingtes Interesse. Ihre Haltung wird nicht von der Erfüllung propagandistischer Forderungen oder von wahlpolitischen Gesichtspunkten aus, sondern allein von der sachlichen Arbeit abhängen, die für das Vaterland geleistet wird. Unabsehbare Gefahren müssen in den kommenden Monaten überwunden werden. Die bisherigen Skrupel der Gewalt, Zentrum und Sozialdemokraten, warten darauf, aus einem Mißerfolg der neuen Regierung wieder Kapital zu schlagen. Die endgültige Entscheidung über die Richtung der deutschen Politik wird erst nach

den Reichstagswahlen fallen. In dieser Entscheidung werden die in der D.M.Z. vorhandenen Kräfte ihren Anteil beanspruchen und durchsetzen. Die Wiederherstellung der deutschen Nation wird das Kennwort dieser Wahl sein. Die D.M.Z., die wie bisher unter diesem Kennwort steht, vereinigt damit ein anderes lebenswichtiges Ziel: Abwendung des drohenden Chaos. Die Fraktion begleitet den Parteiführer mit voller Zuversicht.“

Der Reichswehrminister an die Reichswehr

Berlin, 3. Juni. Der Reichswehrminister erließ folgende Rundgebung an die Reichswehr:

„An die Reichswehr!
Mit dem heutigen Tage trete ich das Amt des Reichswehrministers an, zu dem mich das Vertrauen des Reichspräsidenten, des Oberbefehlshabers der Wehrmacht, berufen hat. Ich werde meine Kraft daran setzen, daß die Reichswehr dazu befähigt wird, ihre Berufsaufgabe zu erfüllen: Deutschlands Grenzen zu schützen und seine nationale Sicherheit zu gewährleisten. Ich werde ferner dafür sorgen, daß diejenigen geistigen und physischen Kräfte unseres Volkes gestärkt werden, welche die unentbehrliche Grundlage der Landesverteidigung bilden. Ich bin überzeugt, daß im Innern die Aufgabe, die wir eine geschlossene und überparteiliche Wehrmacht besitzen, allein genügen wird, um die Autorität des Reiches vor jeder Erschütterung zu bewahren. Ich vertraue darauf, daß jeder Angehörige der Wehrmacht mir dabei helfen wird, das mir anvertraute Erbe einer großen Vergangenheit zum Besten von Volk und Vaterland zu verwalten.“

Berlin, den 3. Juni 1932.

Der Reichswehrminister (reg.) v. Schleicher.“

Reichsminister Schleicher aus dem Reichsheer ausgeschieden
Berlin, 4. Juni. Generalleutnant von Schleicher ist nach seiner Ernennung zum Reichswehrminister auf